



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband

per E-Mail an: info@staedteverband.ch

Bern, 26. Februar 2025

Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat der Stadt Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, zum Indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Stellung nehmen zu können.

Der Gemeinderat lehnt den Gegenvorschlag ab.

Umfrage zur Positionierung des Schweizerischen Städteverbands

Frage 1:

Soll sich der Schweizerische Städteverband im Rahmen der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» äussern?

Ja. Es ist für den Gemeinderat dringend notwendig, dass sich der SSV äussert und den Gegenvorschlag anlässlich der Vernehmlassung ablehnt. Atomenergie hat in der heutigen und sich im Umbau befindenden Energieinfrastruktur keinen Platz mehr, zumal die Kostenfrage ungeklärt bleibt. Die wiederaufkommenden Diskussionen um neue Atomkraftwerke bremsen Investitionen und den Prozess hin zu einer sicheren Energieversorgung mit erneuerbaren Energien aus.

Frage 2:

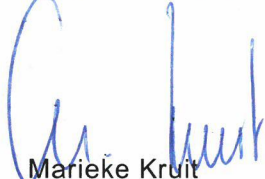
Befürwortet Ihre Stadt den Vorschlag des Bundesrates, die Kernenergie künftig wieder zur Stromerzeugung zuzulassen, oder lehnt sie ihn ab?

Der Gemeinderat lehnt den Vorschlag des Bundesrats vehement ab. Für die Stadt Bern stellt sich die Frage eines Neubaus von Atomkraftwerken nicht. Die Zulassung, Planung und der Bau neuer Atomkraftwerke wäre teuer und würde Jahrzehnte dauern. AKW sind deshalb keine Lösung für mögliche Stromengpässe in den nächsten 30 Jahren. Bis ein neues AKW in der Schweiz wieder ans Netz geht, werden die erneuerbaren Energien gemäss dem Willen des Parlaments und der Bevölkerung bereits ausreichend ausgebaut sein, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die Aufhebung des Verbots ist auch aus demokratiepolitischer Sicht problematisch: Die Bevölkerung der Stadt Bern hat sich deutlich für einen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2039 ausgesprochen. Mit dem Stromgesetz (Mantelerlass) haben die Schweizer Stimmbürger*innen jüngst einen klaren Auftrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien erteilt. Die Stadt Bern und Energie Wasser Bern (ewb) setzen entsprechend auf den Ausbau von erneuerbaren Energien (nachhaltige Wärme- und Stromversorgung). Statt auf Kernenergie zu setzen, muss der Wille der Bevölkerung strikte umgesetzt werden und dringend in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Marieke Kruit
Stadtpräsidentin



Dr. Claudia Mannhart
Stadtschreiberin